

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 45 (1951)
Heft: 11

Artikel: Weltrundschau : Churchill wieder am Ruder ; England unter Amerika ; Kanonen statt Butter ; Los vom Laboursozialismus? Nein : Los von Amer ka! [i.e. Amerika] ; Abrüstung?
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-139537>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

will, als ein Mittel, darauf niemals Gottes Segen, doch immer Gottes Fluch lasten wird.

Das Wirken für den Frieden, wie Barth es der Kirche zuteilen will, ist angesichts der sittlichen Greuel des Krieges zu zahm, zu schwächlich. Und überdies nimmt diese zahme und gegebenenfalls zustimmende Einstellung, die sich nicht an das heranwagt, was zuallererst an die Hand genommen werden muß, der Kirche die Kraft, ihre wichtigste Pflicht hinsichtlich des Krieges zu erfüllen. Diese Pflicht besteht nicht darin, sich einigermaßen vom Kriege zu distanzieren, sondern in dem, was ich am Schlusse des «Sündenfalls des Christentum» unter dem Titel «Wir sind mehr als Pazifisten» schrieb: «Es gilt, das Evangelium vom Gedanken des Krieges zu lösen.» Dieser der Kirche anhaftende Gedanke schändet das Evangelium, das sie predigt, lähmt ihre werbende Kraft unter der Jugend und unter den Heiden, diese Idee verunmöglicht es der Kirche, als eine wirkliche Macht des Friedens in dieser Welt aufzutreten. Die Welt kann in der Kirche, die bis auf den heutigen Tag in jedem Kriege nicht ein entgegen- sondern ein mitwirkender und inspirierender Faktor war, nicht die Gestalt des Friedens entdecken. Der Friede Christi ist ihr fremd und wird ihr fremd bleiben, solange sie in ihrem Sündenfall verharret.

Man zeihe uns nicht des Hochmutes. Wir wissen, daß wir keineswegs besser sind als unsere Mitchristen, die uns in mancher Hinsicht übertreffen. Aber in der Frage, um die es hier geht, hat Gott uns die Augen geöffnet. Hier steht die Kirche, die wir lieben und der wir dienen, wider das Licht des kommenden Reiches, als eine Blinde, von Blinden geführt. In der Bedrängnis um ihretwillen bitten wir Gott, daß er seinen Heiligen Geist wehen lasse über ihre verhärteten Begriffe, auf daß sie sich dem Lichte zuwende, ihre Schande von sich tue, ihr Kreuz aufnehme und lebe.

Oegstgeest-Leiden

G. J. Heering

WELTRUNDSCHAU

Churchill wieder am Ruder Als bei den Unterhauswahlen vom 25. Februar 1950 die Labourpartei nur mit einer ganz knappen Mehrheit ins Parlament zurückkehrte, da sprachen wir an dieser Stelle von einer *Funktions-, ja Existenzkrise der britischen Demokratie*, deren Überwindung nur vom endgültigen, klaren Durchbruch der einen oder anderen der beiden politisch-sozialen Grundströmungen zu erwarten sei, die sich jetzt innerhalb des britischen Volkes gegenüberstünden (Vergl. Märzheft der «Neuen Wege» 1950). Die erneuten Wahlen, die am 25. Oktober dieses Jahres stattfanden, haben noch keine Erfüllung dieser Erwartungen gebracht. Die Konservative

Partei hat zwar «gesiegt», aber nur mit einem Vorsprung von 26 Mandaten vor der Labourpartei und einem Überschuß von 17 Stimmen über das absolute Mehr im Unterhaus, und was gar die Wählerzahl betrifft, so bleibt sie um etwa 250 000 hinter derjenigen Labours zurück. Der «Erdrutsch», den die Konservativen zu ihren Gunsten erhofften, ist also nicht eingetreten; immerhin erlaubte der Wahlausgang doch die Bildung einer Toryregierung unter Churchills Vorsitz, die nun versuchen wird, die Politik Großbritanniens auf das Geleise zu führen, auf dem die Konservativen sie schon 1945 haben wollten.

Die Labourpartei hat bei diesen Wahlen besser abgeschnitten, als anfänglich befürchtet werden mußte. Sie hat nicht nur ihre Kerntruppen zusammengehalten, sondern auch noch einen Teil derjenigen Liberalen zu sich herüberziehen können, die keine Gelegenheit hatten, einem eigenen Kandidaten zu stimmen. Aber die schweren Verluste, die sie im Februar des letzten Jahres erlitten hat, vermochte sie doch bei weitem nicht wiedergutzumachen. Große Teile der Wählerschaft, die ihr nach Kriegsende das Vertrauen geschenkt hatten, stehen ihr, wie bei den vorjährigen Wahlen, so auch jetzt, mißtrauisch und enttäuscht gegenüber. Es ist darum mehr als bloß eine Tücke des englischen Wahlsystems, daß die Labourpartei, obschon sie mehr Wähler musterte als die Konservativen, im Parlament in die Minderheit geriet. Ihrer Regierung fehlte, wie sich aufs neue erwiesen hat, einfach die moralische Grundlage im Volk: sie mußte abtreten. Das sozialistische England (soweit man von einem solchen überhaupt schon reden konnte) gehört vorerst der Vergangenheit an, und damit hat auch das sozialistische Europa, das am Ende des zweiten Weltkrieges aufzusteigen schien, seine letzte große Stütze verloren. Wenn man von Schweden und Norwegen absieht, wird nun sozusagen ganz Westeuropa wieder bürgerlich-konservativ, zum Teil sogar reaktionär-faschistisch regiert, was die Gleichschaltung mit den Vereinigten Staaten von Amerika natürlich ganz bedeutend erleichtert.

Die Ursachen der Labourniederlage sind nicht weit zu suchen. Wir haben in dem vorhin erwähnten Kommentar zu den britischen Wahlen von 1950 gesagt, es sei nun notwendig, daß sich innerhalb der Labourbewegung «ein entschieden sozialistischer Kurs» durchsetze, wenn England nicht der Reaktion und Gegenrevolution ausgeliefert werden solle. «Das gilt zunächst für ihren (der Labourpartei) innenpolitischen Kurs; es gilt aber nicht weniger auch für ihre außenpolitische Linie . . . Wenn eine zur Regierungsverantwortung aufgestiegene Partei auf einem so entscheidend wichtigen Gebiet, wie es heute die Völkerbeziehungen sind, in der Hauptsache die Politik ihres Gegners betreibt, so muß das ja zuletzt selbst auf eine so robuste Wählerschaft, wie es diejenige der Labourpartei ist, verwirrend und demoralisierend wirken.»

Genau so ist es gekommen. Die Labourpartei kann zwar auf innerpolitischem Gebiet auf große, stolze Leistungen hinweisen. Wer das England der zwanziger und dreißiger Jahre mit seinem sozialen Elend

kannte und es mit der Lage vergleicht, die er am Ende der vierziger Jahre angetroffen hat, der kann den mächtigen Fortschritt ermessen, der sich da seither vollzogen hat. Wenn die Erhebungen, die von privater, unabhängiger Seite periodisch in der Grafschaft York angestellt werden, auch für das übrige Land gelten (und dem dürfte im wesentlichen so sein), dann standen 1936 je zwei Menschen von elfen unterhalb der Armutslinie; heute sind es je zwei von 118, gerade der zehnte Teil von damals. Und auch diejenigen Menschen, die noch immer das Existenzminimum nicht erreichen, sind heute, dank den Sozialdiensten, die das Labourregime geschaffen hat, viel besser daran als ihre Leidensgenossen von 1936.

Aber all diese Errungenschaften einer Innenpolitik, die aus sozialistischem Geiste geboren sind, werden jetzt mehr und mehr gefährdet durch eine Außenpolitik, die, obwohl ebenfalls von einer Labourregierung in die Wege geleitet und getragen, doch ausgesprochen unsozialistisch, ja widersozialistisch ist. Im Januar 1950 hat die Gruppe von Labourabgeordneten, welche die Programmschrift «Links anhalten!» veröffentlichte, mit nur zu viel Recht die dringende Notwendigkeit betont, die Außenpolitik Großbritanniens wie der Westmächte überhaupt in sozialistischem Sinne neuzuformen. «Wenn der Kurs (der Außenpolitik) in den nächsten fünf Jahren nicht entscheidend gewechselt werden kann, hat es wenig Sinn, die Zukunft des britischen Sozialismus zu erörtern.» Und schon vorher und seither immer wieder hat Zilliacus vor den verhängnisvollen Wirkungen einer Labour-Außenpolitik gewarnt, die tatsächlich diejenige der Konservativen sei, und vorausgesagt, daß die Labourregierung darüber zu Fall kommen werde. Die Parteiführer haben den unbequemen Gewissensmahner dann ja aus den Labourreihen ausgeschlossen; sie wollten «so etwas» einfach nicht mehr hören. Jetzt müssen sie fühlen, wie es herauskommt, wenn man aus lauter Kommunistenangst die Geschäfte des konservativen Gegners besorgt. Churchill hat ihnen in einer Wahlrede in Liverpool (vgl. «Neue Zürcher Zeitung» Nr. 2132) selber bescheinigt, daß sie «die ihnen von den Konservativen angeratenen Richtlinien befolgt» hätten, wenn sie auch in deren Ausführung ungeschickt und verspätet gewesen seien. Und tatsächlich: wenn die Labourpartei ihren Widersachern moralisch so weithin Recht gibt und sich in der Außenpolitik – also in den Fragen von Krieg und Frieden – von ihnen nur durch Ungeschicklichkeit und Langsamkeit im Handeln unterscheidet, wie will sie dann bei den flottanten Wählerschichten, auf die es immer entscheidend ankommt, noch irgendwelches Vertrauen zu gewinnen hoffen? Es mangelt der Labourbewegung seit Jahr und Tag einfach an demjenigen Selbstvertrauen, das allein auch bei anderen Vertrauen wecken kann. Es mangelt ihr an einer großen Sache, für die sie kämpfen könnte, einer Sache, die nur sie verträte, und die sie auf der ganzen Linie, im Gegensatz zu der Sache des konservativen Bürgertums, vertreten müßte. Darum ist sie unterlegen. Und darum wird sie weiterhin unterliegen,

wenn sie sich nicht endlich aufrafft und auch in der Gestaltung der auswärtigen Politik sozialistischer Inspiration gehorcht. Die Außenpolitik ist eben mehr als je unser Schicksal – insbesondere dasjenige der sozialistischen Bewegung aller Länder.

England unter Amerika Daß die Labourregierung keine eigene, das heißt keine *sozialistische* Außenpolitik zu führen vermochte, vielmehr sich immer vollständiger der Weltpolitik des kapitalistischen Amerika unterordnete, hat natürlich seine guten – oder auch schlechten – Gründe. Es liegt zuletzt in dem gemeinsamen Gegensatz der Labourdemokratie wie der Kapitalsdemokratie der USA zum Sowjetregime beschlossen. Professor G. D. H. Cole sagt es in seinem großen Werk «The Intelligent Man's Guide to the Post-War World» («Ein Führer zur Nachkriegswelt für den intelligenten Mann», ein Gegenstück zu G. B. Shaws bekanntem Sozialismus-Buch für die «intelligente Frau») ganz richtig:

«Genau wie die Russen in den ersten Stadien ihrer Macht versuchten, in anderen Ländern Revolutionen zu befördern, die streng der ihrigen nachgebildet wären, so konnten sich die westlichen Sozialisten kein anderes Muster für die Regierung eines sozialistischen Landes vorstellen als die Einrichtungen der parlamentarischen Demokratie, durch die sie im Westen zum Sozialismus vorzudringen strebten.»

Und wiederum:

«Die Auffassung von Demokratie, die ganz weitherum in Großbritannien und den Vereinigten Staaten vertreten wird, sieht es für selbstverständlich an, daß Verfassungs- und Wirtschaftsfragen von einander getrennt werden können und daß es möglich ist, ein politisch-demokratisches Werkzeug zu schaffen, mit dem die Maßnahmen für den wirtschaftlichen Aufbau der Gesellschaft durchgeführt werden sollen. Sehr viele Leute in beiden Ländern sehen die Demokratie tatsächlich als einen fast ausschließlich politischen Begriff an . . . Die Amerikaner neigen zu der Auffassung, daß es vor allem darauf ankomme, in der Geschäftswelt die Bedingungen für ein ‚freies Unternehmertum‘ zu schaffen, und daß, wenn das erreicht sei, die rechten politischen und sozialen Systeme von selber folgen würden. Die Engländer sind mehr geneigt, das Bestehen eines ‚freien Parlaments‘ zu sichern, mit einer von diesem abhängigen Regierung, und dann anzunehmen, daß unter dieser Voraussetzung die Produktionskräfte unfehlbar nach dem Volkswillen organisiert werden könnten. ‚Freies Unternehmertum‘ erfordert jedoch eine Regierung, die es auch aufrechterhalten und die Besitzverhältnisse regulieren kann, auf denen es beruht. Die Amerikaner drängen darum in der Praxis auf eine Art von politischer Regelung, die nach ihrer Meinung am besten imstande ist, ein System des ‚freien Unternehmertums‘ zu stützen; und das veranlaßt sie unter den in Europa bestehenden Verhältnissen, den Parlamentarismus gegen jede Form von Sowjetismus oder Halbsowjetismus zu unterstützen. Die amerikanische und die britische Haltung gegenüber politischen Fragen kommt also in der Praxis so ziemlich auf das gleiche hinaus und gerät damit in scharfen Gegensatz zu derjenigen der Sowjetunion.»

An diesem Zustand habe, so stellt Cole fest, der Wahlsieg der Labourpartei im Jahr 1945 nicht viel geändert. Labour betrachte die politische Demokratie als Selbstzweck wie als Mittel zum Zweck der Schaffung wirtschaftlicher Demokratie, während die Russen immer und

überall die wirtschaftliche und soziale Revolution als den Weg zum Sozialismus ansähen und keine Regierung als wirklich sozialistisch gelten ließen, in deren Land nicht die Wirtschaftsordnung von Grund auf umgestaltet worden sei. Das sei gewiß eine einseitige Auffassung; die Russen müßten davon überzeugt werden, daß es in Westeuropa möglich sei, auch auf parlamentarischem Weg dem Sozialismus näherzukommen, und die britische Labourpartei habe jetzt – Cole veröffentlichte sein Buch 1947 – die Möglichkeit, das praktisch zu beweisen. Andererseits müsse aber auch die Labourbewegung zugeben, daß die parlamentarische Demokratie nicht die einzige Form von Demokratie sei, und daß die Einrichtungen der politischen Demokratie nicht unbedingt überall und unter allen Umständen zweckmäßig oder arbeitsfähig seien.

Gerade dagegen sträubt sich nun freilich die große Mehrheit der Labourpartei mit Händen und Füßen. Und das nähert sie im Verhältnis zur Sowjetunion und den übrigen kommunistisch regierten Ländern nicht allein ihren eigenen Konservativen an, sondern auch den Vereinigten Staaten, die damit für sie zum mächtigen Hort der angelsächsischen, ja der westlichen Auffassung von Demokratie überhaupt geworden sind. Noch mehr: Amerika wird für sie auch zu einem Vorkämpfer der *sozialen* Demokratie. Der internationale Sekretär der Labourpartei, Healey, erklärte im Dezember 1949 offen heraus:

«Mögen sich die Amerikaner dessen alle bewußt sein oder nicht – die Vereinigten Staaten treten in die Phase der Sozial-Demokratie ein, die sich auf den Wohlfahrtsstaat stützt. Ja, der Marshallplan und das Punkt-Vier-Programm Präsident Trumans sind sogar Sozialismus auf internationaler Stufenleiter.»

Ähnliche Äußerungen liegen von seiten des Generalsekretärs der Labourpartei, Morgan Phillips, und des bisherigen Kriegsministers Strachey vor, der einmal sehr «radikale» Bücher über Sozialismus, Kapitalismus und Klassenkampf geschrieben hat. Da nimmt es freilich nicht mehr wunder, daß sich die Labourregierung an den Weltzielen der Vereinigten Staaten nur wenig stößt und ihre eigene außenpolitische Linie mehr und mehr derjenigen Amerikas und seiner herrschenden Klasse angeglichen hat. Marshallplan, Trumandoktrin, Atlantikpakt, Ruhrindustrie und westdeutsche Remilitarisierung legen von dieser Gleichschaltung ebenso Zeugnis ab wie die überstürzt unternommene zusätzliche Neuaufrüstung Englands selbst, die Einbeziehung Francospaniens in das amerikanische Militärsystem (gegen die die Labourregierung nichts einwenden zu können erklärte) und der «Friedensvertrag» mit Japan. Nur einmal hat Labourenghland wirklich gegen den amerikanischen Stachel gelockt: als MacArthur Miene machte, China anzugreifen, so wie Großbritannien auch das neue, kommunistische China anerkannt hat, im Gegensatz zu den Wünschen und der Haltung Washingtons. Recht hübsch hat die Flugschrift der Bevan-Gruppe «Der einzige Weg» dieses ganze britisch-amerikanische Verhältnis gekennzeichnet:

«Die amerikanische Regierung sucht die britische Einwilligung (zu ihrem hysterisch antikommunistischen Kreuzzug). Konservative fragen im Unterhaus streng: Warum ist die letzte amerikanische Forderung nicht erfüllt worden? Ein britischer Außenminister fliegt nach Washington. Ein hochgestellter amerikanischer Beamter fliegt nach London . . . Der Druck nimmt immer weiter zu. Der Kongreß ist auf dem Kriegspfad, und Herr Truman wird von seinen Beratern daran erinnert, daß schließlich im nächsten Jahr Wahlen sind. Der britische Widerstand erschöpft sich. Man muß ein neues Zugeständnis machen, damit es nicht noch ärger kommt. Wie können wir festbleiben, wenn das amerikanische Begehren so lärmend gestellt wird. Wie dürfen wir wagen, Truman und Acheson den republikanischen Wölfen auszuliefern? So wird die britische Zustimmung zu einer Maßnahme erlangt, gegen die sich ein halbes Jahr vorher sowohl die britische als auch die amerikanische Regierung gewehrt hatte.»

Und sonst durchaus labourtreue Engländer, die nicht nur nationalen Stolz, sondern auch sozialistische Gesinnung bewahrt haben, fragen sich voller Grimm, wieweit eigentlich die Kapitulation vor Washington noch gehen müsse, bis auch Großbritannien – im Range Frankreichs und Italiens – zum willenslosen Satelliten Amerikas geworden sei.

Kanonen statt Buffer Die Folgen dieser Amerikahörigkeit für das Leben Englands werden sich erst nach und nach zeigen. Auf einem Gebiet sind sie schon heute völlig offenbar: die außerordentlichen *Kriegsrüstungen* sind zu einer schweren Last für die britische *Wirtschaft* geworden. Noch im Herbst 1950 sollten die neuen, durch das Programm des Atlantikbundes geforderten Militärausgaben Englands «nur» 3600 Millionen Pfund erreichen, eine Summe, die Attlee damals als das Höchstmaß dessen bezeichnete, was die britische Wirtschaft ertragen könne. Keine fünf Monate später verlangte die Regierung weitere Militärkredite in der Höhe von 1100 Millionen Pfund, so daß die Gesamtausgaben, verteilt auf drei Jahre, auf 4700 Millionen Pfund steigen sollten, also von etwa 38 Milliarden Schweizer Franken auf rund 50 Milliarden. Eine sachliche Begründung für diese abermalige Rüstungsverstärkung vermochte die Regierung nicht zu geben; offenbar war für sie einfach der Umstand maßgebend, daß die Vereinigten Staaten, wie sie dies gegenüber den anderen Mitgliedern des Atlantikbundes taten, so auch England zu immer energischeren Kriegsvorbereitungen antrieben. Großbritannien verwendet damit nunmehr 10 Prozent seiner nationalen Rohproduktion für militärische Rüstungen, gegen 7 Prozent noch vor einem Jahr. In zwei Jahren können es 15 oder 20 Prozent sein.

Innerhalb der Labourpartei selbst erwuchs diesem Programm bekanntlich heftiger Widerstand. Die Bevangruppe sagte in der oben erwähnten Schrift «Der einzige Weg» voraus, daß es schon rein wirtschaftlich schwierig, wenn nicht unmöglich sein werde, die gesteckten Ziele zu erreichen. In ihrer zweiten Veröffentlichung «Wir gehen unseren Weg weiter», die kurz vor den Wahlen herauskam, war sie bereits in der Lage, anhand von Tatsachen die Richtigkeit ihrer Voraussage zu beweisen. Wir greifen nur die Hauptpunkte heraus. (Vgl. auch G. D. H. Cole,

«Schwäche durch Stärke», und K. Hutchison, «Englands kommende Krise» in der Neuyorker «Nation», 13. Oktober.)

1. Die Rüstungsindustrie nimmt der Produktion für den zivilen Bedarf immer mehr Kohle und Kraftstrom weg. Die Kohlenkrise des letzten Winters dürfte sich in den nächsten Monaten wiederholen, wenn sie nicht noch schärfer sein wird. Und der Mangel an elektrischer Kraft wird voraussichtlich noch katastrophaler werden. Der Bau von neuen Kraftwerken bleibt eben hinter dem rasch steigenden Bedarf weit zurück.

2. Vielleicht die ernsteste Schwierigkeit wird aus dem Mangel an Arbeitskräften entstehen. Gegenwärtig sind rund 600 000 Arbeiter in der Waffenindustrie beschäftigt. Über kurz oder lang werden weitere 400 000 Mann benötigt werden. Woher sie nehmen, es sei denn aus der Friedensproduktion? Das aber hieße den Umfang der Güter, die für den alltäglichen Verbrauch bestimmt sind, drastisch vermindern.

3. Es hieße aber auch die Preise weiter hinauftreiben. Die tolle Anhäufung von kriegswichtigen Rohstoffen durch die amerikanische Industrie hat ja die Preise einer ganzen Reihe von Rohstoffen in der ganzen Welt ohnehin unerhört hinaufschnellen lassen. Und wenn diese Bewegung inzwischen auch einigermaßen zum Stillstand gekommen ist, so kann sie doch jederzeit neu einsetzen. Zwar sind auch die Löhne gestiegen (wennschon nicht im gleichen Maß wie die Preise); da aber die verfügbare Menge von Verbrauchsgütern immerfort abnimmt, so müssen eben die Preise entsprechend steigen, sofern nicht Maßnahmen getroffen werden, um die Kaufkraft zu drosseln, also (in der Fachsprache) die Tendenz zur Inflation durch gewollte Deflation zu bekämpfen.

4. Solche Maßnahmen mögen um so nötiger werden, als die Gold- und Devisenvorräte der Länder des sogenannten Sterlingblocks (Großbritannien mit seinen Kolonien und Dominien, in der Hauptsache) während der letzten Monate in beunruhigendem Grad abgenommen haben. Auch wenn die Ursachen teilweise zeitbedingt sein mögen, bleibt doch bestehen, daß die Sterlingländer als Ganzes über ihre Mittel leben und ihre in Dollars zu bezahlenden Warenbezüge ihre Einnahmen aus Dollarlieferungen wesentlich übersteigen. Insbesondere die Zahlungsbilanz Großbritanniens wird wieder immer stärker passiv; im 3. Vierteljahr 1951 beträgt das Dollardefizit der Sterlingländer nicht weniger als 638 Millionen Dollar.

5. Das gleiche gilt für die Handelsbilanz. Der Überschuß der Einfuhren Englands über seine Ausfuhren betrug in den ersten sechs Monaten dieses Jahres bereits 338 Millionen Pfund. Auch das ist zum Teil eine Folge der Preissteigerung auf den Rohstoffmärkten der Welt: die Importgüter Englands sind im Preise stärker gestiegen als seine Exportwaren. Und solange die Rüstungskonjunktur andauert, ist eine Änderung dieses Verhältnisses kaum zu erwarten. In den letzten paar Jahrzehnten hat die Produktion von Lebensmitteln und Rohstoffen den infolge

der Bevölkerungsvermehrung wachsenden Bedarf der Industrien in aller Welt ohnehin nicht decken können, so daß Nahrungsmittel und Rohstoffe verhältnismäßig knapper geworden sind als Fertigprodukte.

6. Die Folge dieser ganzen Lage ist, daß Großbritannien seine Produktion von Ausfuhrsgütern aufs äußerste steigern und gleichzeitig seine Einfuhren scharf beschneiden muß. Mit anderen Worten: der Verbrauch von Einfuhrsgütern wie von britischen Industrieerzeugnissen, die ins Ausland verkauft werden können, muß gedrosselt werden. Wenn nicht das Rüstungsprogramm eingreifend gekürzt werden soll, dann muß die Lebenshaltung des Volkes, vor allem seiner minderbemittelten Schichten, spürbar gesenkt und die so hart erkämpfte wirtschaftliche Erholung Großbritanniens bewußt aufs Spiel gesetzt werden. Butter oder Kanonen – das ist die Frage. Und vielleicht wird es gar so herauskommen, daß es weder Butter noch Kanonen – diese wenigstens nicht im erstrebten Ausmaß – geben wird.

Los vom Laboursozialismus! Man darf gespannt sein, wie die Regierung Churchill das Wirtschaftsdilemma Großbritanniens aufzulösen gedenken wird. Was man bis jetzt davon hört, erweckt wenig Vertrauen. Die Lösung scheint einfach zu sein: Rückgängigmachung der Wirtschafts- und Sozialreformen der Labourzeit, soweit das überhaupt noch möglich scheint, und wieder freie Bahn für das private Unternehmertum! Daß die Nationalisierung der Eisen- und Stahlindustrie widerrufen werden wird, steht auf Grund der Thronrede schon heute fest. Das neue Regime im Bergbau, in der Gas- und Elektrizitätserzeugung, im Straßenverkehr, in der Luftfahrt usw. dürfte vorerst grundsätzlich beibehalten werden, aber die Betriebsmethoden werden wohl aufs neue ausgesprochen kapitalistisch werden, bei gleichzeitiger Förderung der privaten Konkurrenz in diesen Wirtschaftszweigen. Auch der Außenhandel soll wieder stärker der «privaten Initiative» geöffnet werden. Der Hausbesitz dürfte durch Aufhebung der Mietzinsbeschränkungen das ihm «gebührende» Geschenk erhalten, und ganz allgemein wird der eigentliche Motor der kapitalistischen Wirtschaft, das Gewinnstreben, wieder hemmungslos in Gang gesetzt werden. Die Gefahr einer Beschränkung der Dividenden (die ja nur «derjenige Teil des Profites sind, der einfach nicht zu verstecken ist») ist jedenfalls beseitigt, wenngleich dafür eine neue Übergewinnsteuer kommen soll. «Man glaubt aber doch», so bemerkt ein Londoner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» beruhigend, «von der neuen Regierung eine viel verständnisvollere Behandlung der Gewinn- und Steuerfrage als unter der Labourherrschaft erwarten zu dürfen.»

Die in Aussicht stehenden konservativen Maßnahmen werden um so schwerer wiegen, als auch «unter der Labourherrschaft» die britische Wirtschaft zu 80 Prozent in kapitalistischem Geist betrieben wurde;

trotz Sozialisierung und Staatskontrolle war und ist das «freie Unternehmertum» Besitzer und Leiter des weitaus größten Teils der britischen Industrien. Und da dieser private Sektor der Gesamtwirtschaft lebensfähig erhalten werden mußte, solange man nicht an eine Vollsozialisierung herantreten wollte, so mußte die Labourregierung selber dafür sorgen, daß der Kapitalismus so leistungsfähig als möglich gemacht würde. Das geschah nicht allein durch eine vorsichtige Steuerpolitik (nur die verteilten Gewinne wurden zu 50 Prozent weggesteuert, die unverteilten Gewinne, also die Rückstellungen, bloß zu 10 Prozent, während die Kapitalgewinne überhaupt nicht besteuert wurden); es geschah namentlich auch durch den Zwang, der auf die Privatindustrie ausgeübt wurde, damit sie sich wirksamer organisiere, wollte sie nicht unter der dauernden Drohung schärferer Staatseingriffe oder gar der Nationalisierung stehen. Der mächtige Verband der Britischen Industrien, die kapitalistische Zentralorganisation Englands, hatte beispielsweise im Jahr 1946 erst 4478 Einzelfirmen und 243 Branchenverbände als Mitglieder, Ende 1950 aber bereits 6504 Einzelfirmen und 278 Branchenverbände, unter den letzten bezeichnenderweise auch den Britischen Bauernverband. Auch sonst förderte die Art von Wirtschaftskontrollen, Bewilligungen und Zuteilungen, die das Labourregime übte, die Konzentrierung der Industrie sehr nachhaltig, so daß bei einer Gesamtwürdigung der Labourpolitik keineswegs nur von einer Umgestaltung der britischen Wirtschaft in der Richtung der sozialen Planwirtschaft gesprochen werden kann.

Daß der Wohlfahrtsstaat bewußt und mit Erfolg eine Neuverteilung des Volkseinkommens erstrebte, ist freilich richtig. Während 1938 der Anteil der Löhne am Gesamteinkommen 39 Prozent betrug, war er bis 1950 auf 48 Prozent gestiegen; der Anteil des Renten-, Dividenden- und Zinseinkommens fiel im gleichen Zeitraum von 35 auf 24 Prozent. Aber man muß dann auch feststellen, daß eine Neuverteilung des Volksvermögens nicht in gleicher Weise, also zugunsten der Lohn- und Gehaltsbezüger, möglich war. Wie die «Monthly Review» (Neuyork) unter Anführung zahlreicher einleuchtender Tatsachen darlegt, ist das Vermögen in England «ungefähr gleich (oder ebenso ungleich) verteilt wie 1945, und es gibt sogar Anzeichen, daß die Zusammenballung des Kapitals in den letzten sechs Jahren wohl noch leicht zugenommen hat». Die riesigen Gelder, die in den Kampf gegen die Labourregierung gesteckt wurden, stammen nicht zuletzt aus den unverteilten Profiten, die als Verstärkung der Reserven im Jahr 1950 allein (Korea-Konjunktur!) fast 570 Millionen Pfund (etwa 6300 Millionen Franken) betragen, das sind 235 Millionen Pfund mehr als sämtliche anderen Ersparnisse, die das britische Volk in diesem Jahr gemacht hat. In den ersten sechs Monaten von 1951 waren die Bruttogewinne der öffentlich Rechenschaft ablegenden Kapitalgesellschaften um 24 Prozent höher als im gleichen Zeitraum des letzten Jahres. Trotz Steuern und drohender Dividendenbegrenzung stiegen die Dividenden im ersten Halbjahr 1951 gegenüber 1950 um 10 Prozent.

Die Rücklagen waren um 23 Prozent höher, und der Börsenwert der Industrieaktien stieg um fast 20 Prozent. Wenn die Löhne gleichzeitig um durchschnittlich 8 Prozent erhöht wurden, so ist das alles.

Die neue konservative Regierung kann sich also auf einen höchst kräftigen Kapitalismus stützen, wenn sie jetzt an die Aufgabe herangeht, der britischen Wirtschaft die gewaltigen Rüstungslasten aufzuerlegen, ohne daß diese darunter zusammenbricht. Und vermutlich wird ihr nun auch das kraftstrotzende Amerika unter die Arme greifen, das der Labourregierung immer nur widerwillig «die Mittel für die Durchführung ihrer sozialistischen Experimente» lieferte. Dennoch ist in der englischen Geschäftswelt die Begeisterung für Amerika nur mäßig. Die Handelsperre, welche die Vereinigten Staaten gegenüber der Sowjetunion, den anderen osteuropäischen Staaten und nun auch gegenüber dem kommunistischen China verfügt haben, trifft auch die britischen Interessen empfindlich, besonders wenn Hongkong, die reiche britische Kronkolonie, vom Verkehr mit dem chinesischen Festland abgeschnitten werden sollte. Auch die Rolle, die Amerika im Oelstreit mit Persien gespielt hat, verstimmt in England nicht wenig. Und dazu spürt man eben allmählich auch die wiederauflebende Industriekonkurrenz der Deutschen und Japaner in einer Art und Weise, die für die Zukunft nichts Gutes ahnen läßt. Ja, Amerika selbst ist daran, seine Wirtschaft dermaßen stürmisch auszudehnen, daß England dadurch erst recht an die Wand gedrückt zu werden fürchtet. Charles Wilson, der Leiter des amerikanischen Kriegswirtschaftsamtes, hat bereits angekündigt, daß die Bruttoproduktion der Vereinigten Staaten innert der nächsten drei Jahre um weitere 15 Prozent auf 345 Milliarden Dollar gesteigert werden müsse. «Amerikas nationale Produktion», so bemerkt dazu die zweite Bevan-Flugschrift, «wird in diesen drei Jahren um einen Betrag erhöht werden, der der gesamten gegenwärtigen Produktion Großbritanniens gleichkommt. Sie wird in einer Welt, die ohnehin nach Rohstoffen hungert, einen zusätzlichen Verbrauch von Rohstoffen benötigen, der größer ist als unser gegenwärtiger Gesamtverbrauch. Das wird bedeuten, daß die Materialmengen, die die Dollarwirtschaft aus der übrigen Welt herausaugt, in einem Grad zunehmen werden, daß vielleicht die Volkswirtschaften Europas überhaupt zerstört werden.»

Nein: Los von Amerika! Man sollte meinen, daß unter diesen Umständen die Parole für England nicht lauten könne: «Los von Labour!», sondern nur: «Los von Amerika!» Worauf die Vereinigten Staaten insbesondere in ihrer Außenpolitik abzielen, ist ja nun allmählich wirklich kein Geheimnis mehr: nicht auf Verhandlung von gleich zu gleich mit der Sowjetunion zum Zweck des Abschlusses eines dauernden Friedensvertrags (Präsident Truman sagte leßthin ganz offen, es habe gar keinen Sinn, mit den Russen zu verhandeln, da ein mit der Sowjetunion getroffenes Abkommen «nicht das

Papier wert sei, auf dem es geschrieben stehe»), sondern auf militärische Höchstrüstungen, gefolgt von ultimativen Forderungen an die Sowjetunion, die à prendre ou à laisser sein werden – mit den entsprechenden Konsequenzen. Wobei man sich in Washington darauf zu verlassen scheint, daß der Zeitpunkt längst verstrichen sei, wo die Sowjetunion noch hätte erfolgreichen militärischen Widerstand gegen die Westmächte leisten können*. Aber dieses Vertrauen auf «Rosse und Reiter» kann auch trügen. Und so unfähig Rußland immer war, mit Erfolg den Krieg ins Ausland zu tragen, so furchtbar war es immer, wenn es galt, den Feind aus dem eigenen Lande zu vertreiben. In England macht man sich jedenfalls auf russische Gegenschläge gegen einen Atombombenangriff gefaßt, die für das Inselreich vernichtend sein könnten, auch wenn das durch zwei Weltmeere geschützte Amerika unverwundbar bliebe. Und sucht nach Möglichkeiten, um diesem Verhängnis zu entgehen. Denn Großbritannien ist keineswegs so hilflos von Amerika abhängig, wie es scheinen möchte. Wie die Verfasser von «One way only» («Der einzige Weg») zutreffend feststellen:

«Amerikas ganze gegenwärtige Strategie gründet sich auf den Besitz von Stützpunkten in England... Nach General Vandenberg würde der Verlust der britischen Stützpunkte bedeuten, daß die Herstellung von interkontinentalen Bombern versechsfacht werden müßte. Auf jeden Fall hat England die allerstärksten Gründe, um ganz unzweideutig die Umstände klarzustellen, unter denen ein amerikanischer Bomber unsere Inseln auf einer militärischen und kriegerischen Mission verlassen darf, die sicher atomische Vergeltungsmaßnahmen über unsere eigenen Städte bringen würde. Es sollte zweifelsfrei dargetan werden, daß das britische Veto bedingungslos ist. Das Vorhandensein dieser lebenswichtigen amerikanischen Stützpunkte auf unserem Boden gibt uns das Recht, eine viel kühnere Rolle in der Gestaltung des (britisch-amerikanischen) Bündnisses zu spielen, als wir sie bisher ausgeübt haben.»

Wird Churchill diese «viel kühnere Rolle» spielen? Alles spricht dagegen. Alles spricht dafür, daß er jetzt wahr machen wird, was er seit seiner Fultoner Rede vom 5. März 1946 immer und immer wieder als Kernstück einer wahrhaft «patriotischen» Außenpolitik Englands verkündet hat: engster Zusammenschluß mit Amerika – mit dem Amerika Trumans, der sich damals in Fulton nicht zufällig in der vordersten Reihe

* In der «radikalen» (freisinnig-bürgerlichen) «Dépêche du Midi», der früheren «Dépêche de Toulouse», schrieb letzthin der französische Volkswirtschaftler und Geschäftsmann Jacques Gascuel: «Mehr und mehr Menschen fürchten, daß noch vor 1954 den Russen die Forderung einer Art von bedingungsloser Kapitulation gestellt werden wird — eine Forderung, hinter der Waffengewalt stehen würde... Jenseits des Atlantik redet man mehr und mehr von ‚Befreiung der unterdrückten Völker‘ und von Amerikas ‚Kreuzzugsstimmung‘, die ebensogut Amerikas moralischen Werten wie seinen Geschäftsinteressen entspreche... Die Aufrüstung hat sich bereits als glänzendes Geschäft für die amerikanische Lebensform erwiesen... In zwei Jahren wird das amerikanische Volkseinkommen alles übertreffen, was die Welt bisher gesehen hat, und ein Krieg (der schon jetzt weitherum unvermeidlich angesehen wird) wird dann eine gewaltige Ausdehnung der amerikanischen Lebensform bedeuten.»

von Churchills Zuhörern befand. Die «Neue Zürcher Zeitung» läßt sich denn auch in recht überzeugender Weise aus Washington berichten:

«In Kreisen, die der außenpolitischen Führung nahestehen, erwartet und erhofft man von Churchill eine sehr viel aktivere und positivere Gestaltung der britisch-amerikanischen Partnerschaft in der Weltpolitik... Das gilt vor allem mit Bezug auf die Europapolitik Großbritanniens sowie für die gesamte westliche Aufrüstung. Auch in der Koreafrage glaubt man von Churchill größere Unterstützung erwarten zu können als von Attlee. In gewissen Kreisen meint man, es könnte unter Umständen auch zu einer Neuorientierung der Londoner Chinapolitik kommen... Was die Spanienfrage angeht, so scheint man zu erwarten, daß Churchill den militärpolitischen Überlegungen Washingtons mehr Verständnis entgegenbringen werde als die Labourregierung.»

Und so weiter. Mit Unruhe sehen viele Leute namentlich auch Churchills *Deutschlandpolitik* entgegen. Was für Hoffnungen man in Westdeutschland selber an den Regierungswechsel in England knüpft, geht aus einer Unterredung hervor, die der Bonner Korrespondent des «Manchester Guardian» (vgl. dessen Ausgabe vom 29. Oktober) mit dem Minister für «gesamtdeutsche Angelegenheiten», Herrn Kaiser, gehabt hat. Kaiser ist danach der Meinung, «die Zeit sei gekommen für die klare Formulierung der Ansichten der Westmächte über die Frage der deutschen Ostgrenzen». Die Oder-Neiße-Linie werde jetzt wahrscheinlich in den Vordergrund der internationalen Politik treten; das erste Ziel müsse zwar die «Rückgliederung der Sowjetzone (das heißt des heutigen Ostdeutschland) an das übrige Deutschland» sein, aber dann komme die Wiedervereinigung der an die Sowjetunion und Polen verlorenen Provinzen an die Reihe. Selbstverständlich ohne Krieg!, beeilte sich Herr Kaiser beizufügen. Aber der westdeutsche Minister für die Revanche weiß ja so gut wie sonst jemand, daß die «freundschaftliche Vereinbarung», die vier Millionen Polen und vielleicht eine Million Russen aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien entfernen soll, nur ein beschönigender Ausdruck für den Diktatfrieden ist, den man den Oststaaten aufzwingen zu können hofft, falls sie wirklich vor der militärischen Übermacht der Westmächte kapitulieren sollten. Und von Churchill nimmt man in Westdeutschland an, daß er auch in der deutschen Frage die amerikanische Druck- und Drohpolitik gegenüber der Sowjetunion hemmungslos mitmachen werde. Churchill genießt ja wirklich nicht von ungefähr den Ruf, ein Kriegsmann par excellence zu sein. Er hat seine private Laufbahn als Kriegsmann von Beruf begonnen, ist als Politiker diesem Beruf treu geblieben, hat seine größten Triumphe (und auch Niederlagen!) im Kriegführen erlebt und ist namentlich seit den Interventionskriegen gegen die junge Sowjetrepublik, die er angezettelt hat, ein militanter Anhänger des gewaltmäßigen Antikommunismus geblieben. Warum sollte er, so fragt man sich in Westdeutschland, nicht auch noch, als Krönung seiner Karriere, den großen «Befreiungskrieg» gegen die Sowjetunion ins Werk setzen helfen – besonders wenn im nächsten Jahr General Eisenhower Präsident der Vereinigten Staaten werden sollte?

Abrüstung! Nun sind Amerika, England und Frankreich allerdings mit einem Vorschlag auf allgemeine, stufenweise zu vollziehende *Abrüstung* herausgekommen, welche die Kriegsgefahr vermindern, wenn nicht bannen solle. Aber es passiert ihnen jetzt das gleiche, was auch allen russischen «Friedensoffensiven» regelmäßig passiert ist: ihr Vorstoß wird von vornherein als bloßes Propagandamanöver gekennzeichnet und abgetan. Und zwar nicht nur von sowjetischer Seite, sondern auch aus dem westlichen Lager. Der Washingtoner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» spricht (in Nr. 2421) unverhohlen davon, daß der Zweck des Dreimächteplanes, dessen Ablehnung durch Rußland man natürlich voraussetzte, einfach der sei, die lauen Anhänger einer militärischen Großaufrüstung davon zu überzeugen, daß es keinen anderen Weg gebe, um den Frieden zu erhalten und letzten Endes eine politische Regelung des Kalten Krieges zu erzielen, als eben den der Steigerung der militärischen Bereitschaft. Und amerikanische Blätter sind es selbst, die eine solche «Friedensaktion» ablehnen, indem sie betonen, daß «mit einem bloßen diplomatischen Manöver der Welt nicht gedient wäre, so wie auch zum Beispiel der Londoner «New Statesman» feststellt: «Der Schritt der Westmächte, der in Verbindung mit fieberhaften Vorbereitungen für den Atomkrieg erfolgt ist, trägt ganz den Stempel eben der Prostitution des Friedens für Propagandazwecke, die mit Recht verdammt worden ist, wenn sie von der Sowjetunion betrieben wurde.»

Tatsächlich hat der Dreimächteplan so wenig Aussicht auf Erfolg wie der seinerzeitige Baruchplan für die Kontrollierung der Atomkraft, der ja dann zum offiziellen Vorschlag der Vereinten Nationen erhoben wurde und dem er, wie seine Verfasser ausdrücklich bemerken, direkt nachgebildet ist. Es gilt von ihm bei objektiver Betrachtung das gleiche, was Professor Blackett, der englische Atomkraftforscher, in seinem von uns schon früher zitierten, von der westmächtlich eingestellten Presse (auch der schweizerischen!) freilich totgeschwiegenen Buch «Angst, Krieg und die Atombombe» vom Baruchplan sagt:

«Im besonderen führte der Plan zum Mißerfolg, weil er den Versuch machte, Amerika eine fast hundertprozentige Sicherheit zu verschaffen, womit er unausweichlich auf eine Linie festgelegt war, auf der die Sowjetunion einer Gruppe von Nationen unter amerikanischer Führung untergeordnet worden wäre. Da Amerika seine Atombomben bis zu einer späten Phase des Ingangkommens (des Kontrollplans nämlich. H.K.) behalten würde, könnte die Sowjetunion keine feste Garantie haben, daß nicht zu dem Zeitpunkt, an dem die Bomben beseitigt werden sollen, irgendein technischer Einwand erhoben wird, der ihre Beibehaltung rechtfertigt. In der Zwischenzeit hätte die Sowjetunion ihr Land und ihre Volkswirtschaft der Inspektion und damit auch notwendig der militärischen Spionage geöffnet.»

Daß durch eine internationale Inspektion des Rüstungsstandes auch Amerika dieser Spionage geöffnet würde, hätte insofern wenig zu sagen, als die Standorte der amerikanischen Rüstungsindustrie ohnehin bekannt sind und die Russen kaum die Möglichkeit hätten, ihre wenigen Atombomben über die Ozeane hinweg nach Amerika zu schaffen, während die

Amerikaner jeden Tag imstande wären, ihre *vielen* Atombomben von ihren zahlreichen Militärstützpunkten in Europa und Asien aus auf die Sowjetunion abwerfen zu lassen. Eine Zielkarte für diese Luftangriffe hätten sie ja dank der vorausgegangenen Inspektion der sowjetischen Rüstungsindustrie in idealer Vollkommenheit und Genauigkeit bereits in der Hand.

Wer unter solchen Umständen die Ablehnung des westmächtlichen Planes durch den Sowjetvertreter Wyschinski an der Pariser UNO-Tagung verurteilt, der möge sich doch fragen, wie etwa Amerika und seine Verbündeten auf einen entsprechenden *russischen* Vorschlag geantwortet hätten, wenn sie in der gleichen Lage wären wie heute die Sowjetunion. Nein, so kommen wir niemals zu einer wirklichen Abrüstung! Erst muß einmal eine Bresche in die Mauer des Mißtrauens geschlagen werden, die jetzt zwischen den beiden großen Machtblöcken steht. Und das heißt, daß beide Teile durch *Taten*, die selbstverständlich ein Risiko in sich bergen würden, ihren Friedenswillen beweisen müssen. Wenn die Zeichen nicht trügen, so ist die Sowjetunion bereit (und wir haben darauf auch in unserer letzten Weltrundschau aufmerksam gemacht), Ostdeutschland fahren zu lassen, wenn damit ein dauernd abgerüstetes, aber wiedervereinigtes Deutschland erkaufte werden könnte. Sind auch die Westmächte bereit, ein Opfer für die Erreichung dieses Zieles zu bringen? Die Kriegsgefahr würde damit in Europa ganz entscheidend verringert. Und dann würde gewiß auch in Ostasien eine Atmosphäre geschaffen werden, die ein friedliches Nebeneinander der bisher feindlichen Mächtigkeitsgruppen ermöglichte. Grund genug, um es auf *diesem* Wege mit der Abrüstung zu versuchen!

Aber es müßte *rasch* geschehen. Und wie keine andere politische Kraft in Westeuropa wäre die britische Labourbewegung berufen, einen Druck auf die Völker und Regierungen der Atlantikstaaten auszuüben, damit der Kalte Krieg beendet werde. Die Labourpartei ist jetzt viel freier in dieser Hinsicht, als sie es zu der Zeit war, da sie selbst an der Macht stand. Sie kann jetzt *sozialistische* Außenpolitik treiben und damit den Frieden retten helfen, zu dessen schwerer Gefährdung sie durch ihre Nachgiebigkeit gegenüber den imperialistischen Kräften der Alten und Neuen Welt so viel beigetragen hat. Möge sie sich auf ihr bestes Wesen besinnen und daraus die Kraft für eine Erneuerung an Haupt und Gliedern schöpfen – eine Erneuerung, die Großbritannien und sein Volk auch zu neuer *Weltgeltung* führen würde, anders als es die *machtmäßige* Weltgeltung war, die es einst besaß und die nun ein Churchill vergeblich wiederherzustellen bemüht ist!

12. November.

Hugo Kramer